

Kleine Öffentlichkeiten

Bewährungsraum der liberalen Demokratie

Der Schock nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sitzt noch tief. „Das macht etwas mit uns“, „das ist ein Bruch“, „hier geht etwas zu Ende“: tastende Formulierungen für etwas, das wir offenbar noch nicht so richtig zu fassen bekommen. Dieser Essay ist ein Versuch, dem Umbruch einige analytische Komponenten beizufügen und damit Sprache zu geben.

Es scheint mir hilfreich, zunächst genau hinzusehen und zuzuhören, was mit diesem Wahlkampf der AfD und dem Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund gelungen ist. Es ist eine beachtliche Leistung, das Vertrauen so vieler Menschen für sich und für eine Vision gewinnen zu können, die aus guten rationalen Gründen abgelehnt und als gefährlich gekennzeichnet werden muss und trotzdem für so viele Menschen kein Hindernis war, dieser Bewegung ihr Vertrauen zu schenken.

Als Referenz für eine genauere Beschreibung der epochalen Umbrüche, die in dieser Wahl symptomatischen Ausdruck finden, kann Andreas Reckwitz' Beschreibung der modernen Lebensrealität, wie er sie in seinem Buch „Verlust – Ein Grundproblem der Moderne“ aufgeschrieben hat, dienen. Das disruptive Ende der Moderne, als eine von drei möglichen Ausgängen dieser Geschichte, findet sich in den rechts-populistischen Erzählungen vom Niedergang Deutschlands wieder. Auch die eschatologische Figur eines Landes, das es nie gab, das man aber zurückholen möchte, passt gut in die Funktionen des „doing loss“, wie es Reckwitz beschreibt.

Vor dieser dunklen Folie lässt sich dann die Gegenerzählung vom „endlich anfangen“, dem „Ende des Irrsinns in diesem Land“ und der Zugehörigkeit zu einer Bewegung, mit der man „gemeinsam Geschichte schreiben“ kann, erzählen. Es wurde eine hoffnungsvolle, zupackende Vision für die Menschen gezeichnet, die sich auch mit einem möglichen Regierungshandeln nicht entzaubern wird. Analytisch ließe sich die Funktion dieses zweiten Teils der Erzählung mit Hartmut Rosas „Situation und Konstellation. Vom Verschwinden des Spielraums – Warum uns die Energie ausgeht“ beschreiben. Aus den lähmenden und ohnmächtig machenden Konstellationen („Irrsinn in diesem Land“) wird schon im Wahlkampf eine Situation der Selbstwirksamkeit, Lebendigkeit und Resonanz geschaffen, die sich erfüllt hat und die sich weiter erfüllen wird. Auf eine Entzauberung oder ein zerschellen an den Realitäten wird man nicht zu viel Hoffnung setzen können, wenn man ernst nimmt, dass es der AfD gelingt Realitäten zu verschieben, statt Probleme zu lösen und damit das Vertrauen der Menschen gewinnt.

Warum der in Rationalität, Konstellationen und Paradigmen modernen Denkens gefangene „Mainstream“ all dem bisher wenig entgegensetzen konnte und gegenwärtig relativ ratlos wirkt, versuche ich hier auf die Spur zu kommen.

Einladen möchte ich zu drei Denkbewegungen, die irritieren sollen und so den Blick weiten könnten.

- **Soziologischer Blickwechsel:**
Vom Dorf her denken → ein Plädoyer für kleine Öffentlichkeiten.
- **Epistemischer Blickwechsel:**
Konzeptionen von Ehrlichkeit → Rationalität ist nicht der einzige Zugang zu Wirklichkeit.
- **Phänomenologischer Blickwechsel:**
Religiöse Sprache ernst nehmen → Säkularisierung als Grund für den blinden Fleck in der öffentlichen Debatte erkennen.

Dies kann hier nur thesenartig entfaltet und keine soziologische oder wissenschaftliche Analyse geleistet werden. Vielmehr ist dieser Essay eine sehr persönliche Einschätzung, die aus der Perspektive

teilnehmender Beobachtung geschrieben wurde. Teilnehmender Beobachter bin ich als Direktor einer Evangelischen Akademie und Studienleiter für Theologie und Politik in zwei Feldern. Mit unserer Tagungs- und Vortragstätigkeit nehmen wir an aktuellen Debatten und Diskursen teil. Mit eigenen Praxisfeldern und unserer Projektarbeit wie „BubbleCrasher“ und „Am Gartenzaun“ sind meine Kolleginnen und Kollegen und ich selbst Akteure, die nach Antworten suchen und Handlungsoptionen erproben.

Vom Dorf her denken

Ein Plädoyer für kleine Öffentlichkeiten

Die Wahl in Sachsen-Anhalt ging für die liberale Demokratie in den Dörfern verloren. Auf Marktplätzen und Dorfgasthöfen, mit Bratwurstständen und Familienfesten konnte eine Mobilisierung erreicht werden, die ihresgleichen sucht.

Für Kirche und kirchliche Einrichtungen, die sich in der Tradition der Friedlichen Revolution mit starken Verbindungen in die Bürgerrechts- und Umweltbewegung verstehen, ist das eine große Enttäuschung. Damals waren es die kleinen vernetzten Öffentlichkeiten der Basisgruppen aus Jungen Gemeinden, Friedensgruppen und Umweltbewegung, die den Umbruch trugen. Heute sehe ich genau hier, an der Basis, eine Schwäche in der politischen Kommunikation. Eine Erklärung für dieses Wahlergebnis liegt für mich darin, dass der Kampf um die „kleinen Öffentlichkeiten“ verloren ging. Dem langfristigen, strategischen und hochprofessionellen Agieren der AfD in diesen Räumen konnte kaum etwas entgegengesetzt werden.

In den großen Öffentlichkeiten, in Talkshows und politischen Debatten, wurde stattdessen auf Fakten und Argumente gesetzt. Verwundert rieb man sich die Augen, dass Statistiken und wissenschaftliche Studien – etwa zur Finanzierbarkeit der Wahlversprechen – an der Glaubwürdigkeit der Blauen nicht kratzen konnten. Auch handfeste Skandale wie die Vetternwirtschaft – sonst ein K.-o.-Kriterium der empörungssensiblen „großen Öffentlichkeiten“ – konnten der AfD nicht schaden. Im Gegenteil: Die Polarisierung zahlte oft auf die Mobilisierung der AfD ein („gefährlichster Mann Deutschlands“).

Es lohnt deshalb, einen Blick auf die Funktionsweise und Verfasstheit dieser kleinen Öffentlichkeiten zu schauen, die offenbar in ihrer Wirksamkeit und Bedeutung für die politische Kommunikation unterschätzt wurden.

Als **kleine Öffentlichkeiten** lassen sich sozial überschaubare Kommunikationsräume zwischen Privatheit und massenmedial vermittelter Öffentlichkeit beschreiben. Sie entstehen dort, wo Menschen in Vereinen, Kirchengemeinden, kommunalen Zusammenhängen, Nachbarschaften, Initiativen oder Freundeskreisen gesellschaftlich relevante Fragen miteinander verhandeln. Die Beteiligten sind dabei durch persönliche Beziehungen, gemeinsame Erfahrungen oder zumindest mittelbare Bekanntschaft miteinander verbunden.

Der Begriff der „kleinen Öffentlichkeit“ hat bereits eine kommunikationssoziologische Tradition. Er findet sich insbesondere in der Öffentlichkeitsforschung von Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt aus den 90er Jahren. Öffentlichkeit wird dort als ein intermediäres Kommunikationssystem verstanden, das sich auf unterschiedlichen Ebenen ausbildet. Unterschieden werden einfache Begegnungen und Interaktionssysteme („Encounters“), öffentliche Veranstaltungen sowie massenmediale Kommunikation. Entsprechend können etwa Straßen und Plätze, Kneipen, Kaffeehäuser oder Salons „kleine Öffentlichkeiten“ hervorbringen, während Massenmedien „große Öffentlichkeiten“ konstituieren.

Angesichts des rasanten Strukturwandels der Öffentlichkeit, der seit den 90er Jahren durch die Möglichkeiten digitaler Kommunikation stattgefunden hat, scheint es mir einerseits hilfreich, an die grundlegende Strukturiertheit von Öffentlichkeit zu erinnern und andererseits auf den Gegensatz von „kleiner“ und „großer“ Öffentlichkeit zu fokussieren. Auch wenn heute eher von einer Vielzahl von Arenen und Netzwerken von Öffentlichkeiten ausgegangen wird und die Mediatisierung des Politischen und Digitalisierung dieser öffentlichen Räume neue Komplexität geschaffen hat, scheint mir die grundlegende Unterscheidung von kleiner und großer Öffentlichkeit gerade deshalb produktiv,

weil sich der Fokus der Betrachtung und der Analysen in Richtung „großer“ Öffentlichkeit verschoben hat.

Kleine Öffentlichkeiten sind aber keine defizitären Vorformen der eigentlichen Öffentlichkeit, sondern eine eigene Ebene öffentlicher Kommunikation, die alle Komplexität der Mediatisierung und Digitalisierung in ihrer eigenen Funktionsweise ebenfalls nutzt. (Vgl. Gerhards, Neidhardt S. 19ff.)

Anders als in großen Öffentlichkeiten entsteht kommunikative Autorität in kleinen Öffentlichkeiten weniger durch institutionelle Position, professionelle Expertise oder mediale Reichweite. Eine besondere Rolle spielen vielmehr lokale Respekts- und Vertrauenspersonen, deren Glaubwürdigkeit sich aus persönlicher Bekanntheit, sozialer Reputation, Erfahrung und bewährten Beziehungen speist. Sie können als Meinungsführer und kommunikative Brücken zwischen unterschiedlichen Öffentlichkeiten wirken.

Menschen machen kenntlich, was sie aufgrund ihrer Erfahrungen, Überzeugungen und Beziehungen für glaubwürdig und wahr halten. Glaubwürdigkeit entsteht damit nicht allein aus der überprüfbaren Richtigkeit einer Aussage, sondern auch aus der Einschätzbarkeit der Person, die für sie einsteht.

Kleine Öffentlichkeiten sind deshalb keine informationsärmeren oder irrationaleren Formen von Öffentlichkeit. Sie sind vielmehr durch eine relationale Struktur der Wahrheits- und Vertrauensbildung gekennzeichnet. Informationen werden in soziale Beziehungen eingebettet, eingeordnet, bestätigt, bestritten und mit Erfahrungen abgeglichen. Weil die Beteiligten einander weiterhin begegnen, bleiben Aussagen zudem sozial zurechenbar: Wer spricht, muss mit Rückfragen, Widerspruch und den Folgen des Gesagten innerhalb fortbestehender Beziehungen rechnen.

Gerade darin liegt eine besondere demokratische Bedeutung kleiner Öffentlichkeiten. Während große Öffentlichkeiten hohe Reichweite herstellen und gesellschaftliche Themen setzen können, ermöglichen kleine Öffentlichkeiten Resonanz, Rückbindung und persönliche Zurechenbarkeit. Zwischen beiden Ebenen vermitteln Personen, die Informationen, Erfahrungen und Deutungen aus der großen Öffentlichkeit in lokale Beziehungsräume übersetzen – und umgekehrt Erfahrungen aus diesen Nahwelten in größere gesellschaftliche Debatten hineintragen.

Kleine Öffentlichkeiten zeichnen sich nicht dadurch aus, dass Vertrauen an die Stelle von Information tritt. Vielmehr beeinflusst Vertrauen, wie Informationen aufgenommen, gewichtet und eingeordnet werden.

In komplexen Gesellschaften kann kein Individuum sämtliche Voraussetzungen einer Aussage selbst überprüfen. Wissen ist deshalb immer auch auf Arbeitsteilung und auf die Einschätzung von Quellen angewiesen. Vertrauen ermöglicht unter diesen Bedingungen Handlungsfähigkeit. Vertrauen kann dementsprechend als Mechanismus verstanden werden, durch den soziale Komplexität reduziert werden kann. Kleine Öffentlichkeiten besitzen dabei also eine besondere Ressource: Die Vertrauenswürdigkeit einer Quelle wird nicht ausschließlich über institutionelle Reputation – Zeitung, Universität, Behörde, Partei – erschlossen, sondern kann zusätzlich auf eigener Beziehungserfahrung beruhen. „Ich kenne die Person und weiß, wie sie normalerweise mit Dingen umgeht“ ist eine andere Form der Quellenbewertung als „diese Information stammt von einer anerkannten Institution“. Beide Verfahren können vernünftig sein; beide können zugleich zu Fehlurteilen führen.

Gerade kleine Öffentlichkeiten sind Räume, in denen beide Dimensionen unmittelbar aufeinandertreffen können. Eine Aussage kann danach befragt werden, ob sie sachlich zutrifft – und zugleich danach, ob der Sprecher glaubwürdig für sie einsteht. „Stimmt das?“ und „Glaube ich dir, dass du davon überzeugt bist?“ sind unterschiedliche Fragen. In persönlichen Kommunikationsräumen können sie jedoch leichter miteinander verbunden werden, weil der

Sprecher nicht nur als abstrakte Informationsquelle, sondern als bekannte Person wahrgenommen wird.

Darin liegt eine Stärke, aber auch eine Gefährdung kleiner Öffentlichkeiten. Vertrauen kann Informationen erschließen und Kommunikation auch dort ermöglichen, wo institutionelles Vertrauen beschädigt ist. Es kann aber ebenso dazu führen, dass die Glaubwürdigkeit einer Person irrtümlich auf die Richtigkeit ihrer Aussagen übertragen wird. Kleine Öffentlichkeiten sind deshalb nicht per se wahrheitsfähiger als große. Sie besitzen vielmehr andere Bedingungen der Glaubwürdigkeitsprüfung.

Kleine und große Öffentlichkeiten sind keine Gegenwelten

Schließlich sollten kleine und große Öffentlichkeiten nicht als zwei voneinander getrennte Kommunikationssysteme verstanden werden. Bereits die klassische Two-Step-Flow-Forschung interessierte sich gerade für die Vermittlung zwischen massenmedialer und interpersonaler Kommunikation. Vor dem Hintergrund des Phänomens der Influencer in Sozialen Medien wird diese Theorie erneut relevant. Nachrichtenartikel, Fernsehbilder, YouTube-Videos, WhatsApp-Nachrichten und Social-Media-Posts gelangen in lokale und digitale Kommunikationsräume, werden dort kommentiert und weitergegeben; umgekehrt können Äußerungen aus lokalen Zusammenhängen über digitale Medien plötzlich große Reichweiten erzielen. Auch dieses Phänomen lässt sich am Wahlkampf in Sachsen-Anhalt und am Verhalten des Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund sehr gut nachvollziehen und beobachten. Siegmund war nicht nur Spitzenkandidat seiner Partei, sondern konnte dank einer professionell aufgebauten Social-Media-Präsenz zum Influencer seiner eigenen Botschaft werden. Diese popkulturellen Elemente wären sicher noch näher zu untersuchen.

Eine vertiefte Betrachtung hätte auch die Funktion von kleinen Öffentlichkeiten zu DDR-Zeiten verdient, die auch als Gegenöffentlichkeit zur politischen Klasse und deren Staatsideologie konstituiert waren.

Für relevant halte ich die jeweilige Verbindung zu kleinen Öffentlichkeiten und die Brücken zwischen diesen Öffentlichkeiten. Respektspersonen können solche Brücken bilden. Sie übersetzen Informationen aus großen Öffentlichkeiten in die Erfahrungswelt ihrer sozialen Umgebung, ordnen sie ein und versehen sie mit ihrer persönlichen Glaubwürdigkeit. Zugleich können sie Erfahrungen und Wahrnehmungen aus lokalen Zusammenhängen in institutionelle oder mediale Öffentlichkeiten hineintragen.

Damit lässt sich die Funktion kleiner Öffentlichkeiten genauer bestimmen: Sie sind relationale Kommunikationsräume mittlerer sozialer Nähe, in denen gesellschaftliche Informationen, Erfahrungen und Deutungen interpersonal verarbeitet und auf ihre Glaubwürdigkeit hin geprüft werden. Ihre besondere Ressource liegt weder in größerer Informiertheit noch in größerer Wahrhaftigkeit, sondern in der Verbindung von Information, persönlicher Zurechenbarkeit, Erfahrung und Vertrauen.

Konzeptionen von Ehrlichkeit

Rationalität ist nicht der einzige Zugang zu Wirklichkeit

Die besondere Bedeutung von Vertrauen in kleinen Öffentlichkeiten wirft eine grundsätzliche Frage auf: Woran erkennen Menschen, dass jemand die Wahrheit sagt? Diese Frage ist nicht identisch mit der Frage, ob eine Aussage wahr ist. Wahrheit und Ehrlichkeit gehören zusammen, bezeichnen aber Unterschiedliches. Eine Aussage kann sachlich falsch und dennoch aufrichtig gemeint sein. Umgekehrt kann eine sachlich richtige Aussage strategisch eingesetzt werden, um einen falschen Eindruck zu erzeugen.

Für die Analyse öffentlicher Kommunikation ist deshalb die in der jüngeren Forschung verwendete Unterscheidung zwischen **fact-speaking** und **belief-speaking** hilfreich.

Mit einer Analyse der Beiträge von Mitgliedern des US-Kongresses auf Twitter zwischen 2011 und 2022 konnte gezeigt werden, dass sich das Verständnis von Ehrlichkeit bei Politikern deutlich gewandelt hat. Die Studie *From alternative conceptions of honesty to alternative facts in communications by US politicians* steht unter der Fragestellung, wie es dazu kommt, dass die Verbreitung von Falschinformationen durch Politiker in den Sozialen Medien zunimmt, ohne dass ihre Glaubwürdigkeit darunter leidet. Die Studie zeigt auch, dass sich das Kommunikationsverhalten von Republikanern und Demokraten in den USA deutlich unterscheidet. Dazu unterscheiden die Autoren der Studie zunächst zwei unterschiedliche Konzeptionen bzw. kommunikative Marker von Ehrlichkeit: fact-speaking und belief-speaking.

Beim fact-speaking wird Ehrlichkeit vor allem daran festgemacht, dass Aussagen mit einer überprüfbaren Wirklichkeit übereinstimmen und sich durch Evidenz, Quellen und gegebenenfalls Korrektur absichern lassen. Belief-speaking signalisiert Ehrlichkeit dagegen vor allem durch die Übereinstimmung zwischen einer Äußerung und der tatsächlichen Überzeugung des Sprechers: Jemand sagt, was er wirklich denkt, glaubt oder empfindet.

Alltagssprachlich ließe sich der Unterschied mit zwei Fragen markieren:

Fact-speaking: „Stimmt das, was du sagst?“

Belief-speaking: „Meinst du wirklich, was du sagst?“

Beide Fragen sind für menschliche Kommunikation legitim. Problematisch wird es, wenn ihre unterschiedlichen Geltungsansprüche nicht mehr auseinandergehalten werden. Deshalb sollte man fact-speaking und belief-speaking nicht vorschnell als zwei gleichrangige „Formen von Wahrheit“ bezeichnen. Präziser ist es, zunächst von zwei Markern oder Konzeptionen von Ehrlichkeit zu sprechen. Diese Konzepte von Ehrlichkeit unterscheiden sich anhand der Orientierung an faktischer Genauigkeit einerseits und an der Orientierung an Aufrichtigkeit und authentischer Überzeugung andererseits.

Fact-speaking richtet den Blick auf den Gegenstand: Entspricht die Aussage dem Sachverhalt? Welche Evidenz gibt es? Welche Quelle stützt sie? Würde ich meine Auffassung ändern, wenn bessere Informationen vorlägen?

Belief-speaking richtet den Blick zunächst auf die Person: Spricht sie aus eigener Überzeugung? Ist das Gesagte Ausdruck dessen, was sie tatsächlich denkt und empfindet? Ist sie authentisch?

Das eine kann das andere nicht ersetzen. Dass ein Mensch aufrichtig von etwas überzeugt ist, macht den Inhalt seiner Überzeugung nicht faktisch wahr. Ebenso wenig garantiert der Verweis auf Fakten und Quellen, dass jemand aufrichtig oder ohne manipulative Absicht kommuniziert. Die empirische

Forschung weist ausdrücklich darauf hin, dass beide rhetorischen Modi unabhängig von der tatsächlichen Wahrheit einer Aussage eingesetzt werden können.

Fact-speaking und belief-speaking sind deshalb keine Gegensätze, sondern zwei Dimensionen kommunikativer Glaubwürdigkeit: der sachlichen Belastbarkeit einer Aussage und der persönlichen Wahrhaftigkeit des Sprechers.

Fact-speaking

„Ich sage, was nach bestem Wissen zutrifft.“

Orientierung an äußerer Wirklichkeit

Evidenz, Quellen, Überprüfung

Bereitschaft, Überzeugungen aufgrund neuer Evidenz zu korrigieren

Ehrlichkeit als faktische Verlässlichkeit

Belief-speaking

„Ich sage, was ich wirklich denke und empfinde.“

Orientierung an innerer Überzeugung

Authentizität, Aufrichtigkeit, Intuition

Übereinstimmung von Aussage und persönlicher Überzeugung

Ehrlichkeit als Authentizität

Belief-speaking besitzt eine wichtige kommunikative Funktion. Menschliche Kommunikation besteht nicht nur aus überprüfbaren Tatsachen. Menschen sprechen über Erfahrungen, Ängste, Hoffnungen, Wertungen, moralische Überzeugungen und Erwartungen. Die Aussage „Ich habe Angst, dass unsere Stadt auseinanderfällt“ lässt sich nicht auf dieselbe Weise überprüfen wie eine Aussage über Einwohnerzahlen. Sie kann trotzdem wahrhaftig und gesellschaftlich hoch relevant sein.

Der Begriff des belief-speaking hilft, diese Dimension ernst zu nehmen. Menschen beanspruchen hier nicht notwendig, einen objektiv überprüfbaren Sachverhalt festzustellen. Sie geben vielmehr Auskunft darüber, wie sie Wirklichkeit erfahren und deuten. Der Wahrheitsbezug verschwindet damit nicht, verändert aber seine Form: Zur Diskussion steht zunächst die Wahrhaftigkeit des Zeugnisses über die eigene Wahrnehmung.

Gerade hierin liegt jedoch auch eine Gefahr. Die aufrichtige Beschreibung der eigenen Wahrnehmung kann unmerklich in eine Tatsachenbehauptung übergehen. Aus „Ich erlebe unsere Stadt als unsicherer“ wird „Unsere Stadt ist unsicherer geworden“. Die erste Aussage verlangt zunächst, die Erfahrung des Sprechers ernst zu nehmen; die zweite ist eine empirisch überprüfbare Behauptung.

Wo beide Ebenen ineinander fallen, kann der Hinweis auf die eigene Aufrichtigkeit zum Schutzschild gegen faktische Kritik werden: „Aber so empfinde ich es nun einmal.“ Die Forschung zum belief-speaking ist gerade deshalb im Zusammenhang politischer Desinformation relevant geworden. Ein Politiker kann als „ehrlich“ wahrgenommen werden, weil er scheinbar ungefiltert ausspricht, was er glaubt, obwohl seine Aussagen empirisch falsch sind. Die Studie zeigt auch einen Zusammenhang zwischen stärkerem belief-speaking und problematischen Informationsquellen und untersucht, wie solche Ehrlichkeitsrahmungen in anschließender Kommunikation übernommen werden.

Kleine Öffentlichkeiten als Räume doppelter Glaubwürdigkeitsprüfung

Für kleine Öffentlichkeiten ist die Unterscheidung zwischen fact-speaking und belief-speaking besonders ergiebig. Denn hier ist der Sprecher häufig nicht nur als Quelle einer Aussage, sondern als

Person bekannt. Seine Aufrichtigkeit kann aufgrund gemeinsamer Erfahrungen eingeschätzt werden. Man kennt ihn, hat mit ihm gearbeitet, gestritten oder gemeinsam Verantwortung getragen. Belief-speaking besitzt unter diesen Bedingungen eine besondere Plausibilität, weil die Frage „Meint der das wirklich?“ aufgrund einer Beziehung beantwortet werden kann.

Gerade daraus erwächst aber eine besondere Verantwortung kleiner Öffentlichkeiten. Persönliches Vertrauen darf nicht automatisch von der Person auf jede ihrer Tatsachenbehauptungen übertragen werden. Die Aussage „Den kenne ich. Der erzählt keinen Unsinn.“ verbindet zwei unterschiedliche Urteile: Ich halte diesen Menschen für aufrichtig und Ich halte seine Aussage für sachlich richtig. Das erste kann aufgrund persönlicher Erfahrung gut begründet sein, ohne dass daraus das zweite folgt.

Demokratisch produktiv werden kleine Öffentlichkeiten deshalb nicht dadurch, dass sie fact-speaking durch belief-speaking ersetzen. Ihre besondere Möglichkeit liegt vielmehr darin, beide Formen der Glaubwürdigkeitsprüfung miteinander ins Gespräch zu bringen: persönliche Erfahrungen und Überzeugungen ernst zu nehmen und zugleich Tatsachenbehauptungen für Evidenz, Widerspruch und Korrektur offenzuhalten.

Daraus lässt sich ein normativer Grundsatz für kleine Öffentlichkeiten formulieren: Wahrheit braucht Beziehung – Beziehung ersetzt Wahrheit nicht.

Das Gespräch über gesellschaftliche Wirklichkeit gelingt nicht allein durch die Präsentation immer weiterer Fakten. Menschen müssen einander zutrauen, dass ihre Erfahrungen gehört, ihre Überzeugungen ernst genommen und ihre Aussagen nicht vorschnell moralisch disqualifiziert werden. Zugleich kann persönliches Vertrauen die Prüfung von Tatsachenbehauptungen nicht suspendieren.

Kleine Öffentlichkeiten könnten gerade deshalb demokratisch bedeutsam sein, weil sie einen Raum eröffnen, in dem Wahrhaftigkeit und Wahrheit, Erfahrung und Evidenz, Person und Sache miteinander verbunden werden können, ohne sie miteinander zu verwechseln.

Habermas: diskursive Öffentlichkeit und die Unterscheidung von Geltungsansprüchen

Die Unterscheidung zwischen fact-speaking und belief-speaking führt zu einer grundlegenden Frage: Wie können Menschen miteinander über eine gemeinsame Welt sprechen, wenn sie diese unterschiedlich erfahren, deuten und ihre Überzeugungen aus unterschiedlichen Quellen beziehen?

Einen wichtigen Referenzpunkt bietet hier die Diskurstheorie von Jürgen Habermas. Demokratische Öffentlichkeit setzt für Habermas gerade nicht voraus, dass Menschen dieselben Überzeugungen teilen. Sie setzt auch keine Neutralität voraus. Im Gegenteil: Diskurs wird dort notwendig, wo unterschiedliche Interessen, Erfahrungen, Wissensbestände und Weltanschauungen aufeinandertreffen. Verständigung wird möglich, indem Menschen ihre Aussagen begründen, die Gründe anderer prüfen und sich grundsätzlich der Möglichkeit aussetzen, die eigene Auffassung revidieren zu müssen.

Für unseren Zusammenhang hier ist besonders Habermas' Unterscheidung verschiedener Geltungsansprüche aufschlussreich. Kommunikation erschöpft sich nicht in der Frage, ob eine Aussage empirisch wahr oder falsch ist. Wir können danach fragen, ob eine Tatsachenbehauptung **wahr**, eine Norm oder Handlung **richtig** und ein Sprecher **wahrhaftig** ist. Schon deshalb wäre es ein Missverständnis diskursiver Öffentlichkeit, wenn man in ihr die Herrschaft des fact-speaking über alle anderen Formen menschlicher Kommunikation behaupten würde. Der Satz „Die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen“ verlangt eine andere Prüfung als „Diese Verteilung empfinde ich als ungerecht“ oder

„Ich habe Angst, gesellschaftlich nicht mehr vorzukommen“. Diskursfähigkeit zeigt sich gerade darin, diese unterschiedlichen Geltungsansprüche unterscheiden und dennoch aufeinander beziehen zu können.

Der spätere Habermas hat diese Einsicht ausdrücklich auf religiöse Kommunikation ausgeweitet. In der von ihm als „postsäkular“ bezeichneten Gesellschaft dürfen religiöse Bürger ihre religiösen Überzeugungen in der informellen politischen Öffentlichkeit in religiöser Sprache artikulieren. Religion muss also keineswegs privat bleiben, um die weltanschauliche Neutralität des Staates zu gewährleisten. Erst an der Schwelle zu staatlich verbindlichen Entscheidungen gilt ein Übersetzungsvorbehalt: Was für alle gelten soll, muss grundsätzlich auch mit Gründen gerechtfertigt werden können, die nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft voraussetzen. Diese Übersetzung versteht Habermas zugleich als wechselseitigen Lernprozess. Auch säkulare Bürger sollen religiöse Rede nicht von vornherein als irrational ausscheiden, sondern mit der Möglichkeit rechnen, dass religiöse Traditionen moralische Erfahrungen und normative Gehalte bewahren, die für die gesamte Gesellschaft bedeutsam sein können.

Gerade religiöse Kommunikation macht dabei sichtbar, dass sich öffentliche Rede nicht in der Alternative von empirischer Tatsachenwahrheit und subjektiver Aufrichtigkeit erschöpft. Zeugnis, Bekenntnis, Vertrauen, Tradition und gemeinsam geteilte Wirklichkeitsdeutungen erheben andere Geltungsansprüche. Wer bekennt, dass jeder Mensch Ebenbild Gottes sei, formuliert weder eine empirisch überprüfbare Hypothese noch lediglich die Mitteilung einer persönlichen Befindlichkeit. Die Aussage beansprucht, etwas über Mensch und Wirklichkeit zu sagen, und kann zugleich normative Konsequenzen für das gemeinsame Leben entfalten. In der politischen Öffentlichkeit kann ihr Gehalt etwa in die universal zugängliche Forderung nach gleicher und unveräußerlicher Menschenwürde übersetzt werden, ohne dass deshalb beide Aussagen identisch würden.

Damit lässt sich auch das Verhältnis von kleinen und großen Öffentlichkeiten noch genauer bestimmen. Kleine Öffentlichkeiten sind sozial verdichtete Räume, in denen unterschiedliche Geltungsansprüche unmittelbar aufeinandertreffen: wissenschaftliches Wissen und persönliche Erfahrung, Tatsachenbehauptung und Werturteil, Vertrauen und Expertise, religiöses Bekenntnis und politische Forderung. Ihre besondere Möglichkeit besteht darin, dass solche Aussagen nicht nur abstrakt zirkulieren, sondern Personen zurechenbar bleiben und in fortbestehenden Beziehungen ausgehandelt werden. Große Öffentlichkeiten stellen dagegen Reichweite, übergreifende Informationen und gesellschaftliche Sichtbarkeit her. Demokratische Öffentlichkeit ist darauf angewiesen, dass beide Ebenen miteinander verbunden bleiben.

Die Bedeutung von evangelischer Akademiearbeit

Evangelische Akademiearbeit lässt sich vor diesem Hintergrund als eine organisierte Form solcher Vermittlung verstehen. Die Akademien sind Orte, die gesellschaftliche Gespräche organisieren, protestantische Perspektiven einbringen und Kontroversen ein Forum geben. Zugleich verstehen sie den Diskurs als ihr zentrales Gestaltungselement: Sein Ergebnis bleibt offen, obwohl die Akademien eigene, auch christlich begründete Positionen in ihn einbringen. Darin liegt ihre intermediäre Funktion. Sie vermitteln zwischen kleinen und großen Öffentlichkeiten, zwischen persönlichen Erfahrungen und wissenschaftlichem Wissen, zwischen religiösen und säkularen Deutungssprachen sowie zwischen Zivilgesellschaft und politischen Institutionen. Diskurs bedeutet dabei gerade nicht Neutralität im Sinne von Überzeugungslosigkeit. Er verlangt vielmehr, eigene Perspektiven zu begründen, sie kritischer Befragung auszusetzen und anderen dieselbe Möglichkeit einzuräumen.

Gerade die Unterscheidung dieser verschiedenen Geltungsansprüche hält den Diskurs offen. Nicht die Verschiedenheit von Wahrheitsansprüchen gefährdet demokratische Öffentlichkeit. Gefährlich wird es dort, wo ihre kategoriale Verschiedenheit nicht mehr erkannt wird.

Religiöse Sprache ernst nehmen

Säkularisierung als Grund für den blinden Fleck in der öffentlichen Debatte erkennen.

An dieser Stelle öffnet sich zugleich eine weiterführende Perspektive, die die Dimension von religiöser Kommunikation aufgreift. Denn religiöse Rede ist in besonderer Weise auf Aussagen angewiesen, deren Geltung sich nicht allein durch empirische Überprüfung herstellen lässt. Wer sagt, „Ich glaube, dass Gott mich nicht verlässt“, äußert weder eine gewöhnliche Tatsachenbehauptung noch lediglich ein subjektives Gefühl. Die Aussage besitzt den Charakter von Bekenntnis, Zeugnis und Wirklichkeitsdeutung.

Damit steht religiöse Kommunikation in einer eigentümlichen Nähe zum belief-speaking: Die Glaubwürdigkeit des Sprechers, die Übereinstimmung von Wort und Lebensführung und die Authentizität des Zeugnisses spielen eine zentrale Rolle. Religiöse Kommunikation lässt sich dennoch nicht einfach unter belief-speaking subsumieren. Denn ein religiöses Bekenntnis meint gerade nicht nur: „Dies ist meine subjektive Überzeugung.“ Wer glaubt, erhebt in der Regel einen über die eigene Innerlichkeit hinausgehenden Geltungsanspruch: „Darauf vertraue ich – und ich halte es für wahr.“

Damit stellt religiöse Kommunikation die Unterscheidung zwischen fact-speaking und belief-speaking vor eine interessante Herausforderung. Sie könnte sichtbar machen, dass zwischen empirischer Tatsachenwahrheit und subjektiver Aufrichtigkeit weitere Formen von Wahrheitsansprüchen liegen: Zeugnis, Bekenntnis, Vertrauen, Tradition und gemeinsam geteilte Wirklichkeitsdeutung.

Der oft bemühte Wunsch nach gesellschaftlichem Zusammenhalt basiert auf dieser gemeinsam geteilten Wirklichkeitsdeutung. In liberalen Öffentlichkeiten schließt diese gemeinsame geteilte Wirklichkeitsdeutung die Position ein, dass diese Wirklichkeit pluralistisch und deshalb mit durchaus unterschiedlichen konkreten weltanschaulichen und religiösen Ausgestaltungen dieser Wirklichkeit gedeutet werden darf. In einer illiberalen, ethnopluralistisch verfassten Öffentlichkeit fällt diese Option weg und die Deutungskonflikte über das, was Gesellschaft zusammenhält, nehmen zu.

Nicht die Kirche ist zu politisch geworden, sondern die Politik zu religiös

Zunächst muss anerkannt werden: Politik ist keine Religion, politische Bewegungen sind keine Glaubensgemeinschaften und Populismus lässt sich nicht als Ersatzreligion erklären. Trotzdem hatte der Wahlkampf der AfD in Sachsen-Anhalt eindeutig religiöse Züge. Dieser vielleicht auch als Provokation empfundene Hinweis, verweist auf eine Verschiebung, die gerade in einer stark säkularisierten Gesellschaft leicht übersehen werden kann: Religiöse Institutionen, Traditionen und Sprachformen verlieren an Bedeutung, ohne dass damit jene Formen menschlicher Kommunikation verschwinden, die auf Bekenntnis, Vertrauen, Zugehörigkeit und gemeinsam geteilter Wirklichkeitsdeutung beruhen.

Zugespitzt könnte man sagen: Säkularisierung schafft den Glauben nicht ab. Sie schafft zunächst nur Gott ab. Nüchterner formuliert: Wo Religion verschwindet, verschwinden Bekenntnis, Vertrauen und Heilsgewissheit nicht automatisch mit ihr. Sie können sich neue Gegenstände suchen. Menschen hören nicht auf, Erfahrungen zu deuten, Personen zu vertrauen, sich zu Gemeinschaften zugehörig zu fühlen oder Überzeugungen zu vertreten, für die sie keine empirischen Beweise vorlegen können.

Eine säkulare Gesellschaft ist deshalb keineswegs eine Gesellschaft, in der nur noch im Modus überprüfbarer Tatsachen gesprochen wird.

Das wäre auch kein erstrebenswerter Zustand. Menschen leben nicht allein von empirisch gesichertem Wissen. Sie erzählen von Erfahrungen, vertrauen anderen, vertreten moralische Überzeugungen, hoffen, zweifeln und glauben. Demokratische Öffentlichkeit ist auf solche unterschiedlichen Zugänge zur Wirklichkeit angewiesen. Ihre Leistung besteht nicht darin, sie auf einen einzigen Wahrheitsbegriff zu reduzieren, sondern ihre unterschiedlichen Geltungsansprüche zu unterscheiden und miteinander ins Gespräch zu bringen.

Genau diese Unterscheidungsfähigkeit droht gegenwärtig verloren zu gehen. Dabei handelt es sich nicht immer nur um ein Missverständnis. Populistische Kommunikation kann gerade davon profitieren, unterschiedliche Geltungsmodi bewusst ineinander zu schieben. Persönliche Erfahrung wird zur Tatsachenbehauptung, subjektive Gewissheit zum Beleg, Aufrichtigkeit zum Wahrheitskriterium und Zugehörigkeit zur Voraussetzung dafür, überhaupt erkennen zu können, „wie es wirklich ist“.

Martin Luther hat für eine ganz andere historische Konstellation ein drastisches Bild gefunden. Bei seiner Unterscheidung von geistlichem und weltlichem Regiment warnt er vor deren Vermischung: „Der leidige Teufel hört auch nicht auf, diese zwei Reiche ineinander zu kochen und zu brauen.“ Luthers Zwei-Reiche-Lehre lässt sich nicht ohne weiteres auf die moderne demokratische Öffentlichkeit übertragen. Aber sein Bild vom „Ineinanderkochen und -brauen“ trifft die kommunikative Herausforderung auch heute noch ziemlich genau: Dinge müssen unterschieden werden, gerade damit sie aufeinander bezogen werden können.

Heute betrifft diese notwendige Unterscheidung andere Kategorien: Was weiß ich? Was glaube ich? Was habe ich erfahren? Wem vertraue ich? Was halte ich für richtig? Und was davon beanspruche ich als eine Aussage über die gemeinsame Wirklichkeit, die für andere überprüfbar sein muss?

Wer sagt, „Ich habe Angst, mich in meinem eigenen Ort irgendwann nicht mehr zuhause zu fühlen“, spricht über eine Erfahrung. Diese Erfahrung ist zunächst ernst zu nehmen. Eine Statistik kann sie nicht widerlegen. Wer dagegen sagt, „Die Kriminalität in unserem Ort hat sich verdoppelt“, erhebt einen anderen Anspruch. Nun geht es um eine empirische Behauptung, für die Zahlen, Zeiträume und Vergleichsgrößen angegeben werden können und die sich als richtig oder falsch erweisen kann.

Populistische Kommunikation gewinnt einen Teil ihrer Wirksamkeit daraus, diese Grenze zu verwischen: Ich erlebe Unsicherheit – also ist es unsicherer geworden. Ich vertraue den offiziellen Zahlen nicht – also können sie nicht stimmen. Dieser Politiker spricht aus, was ich selbst empfinde – also sagt er die Wahrheit. Die Wahrhaftigkeit des Sprechers, die Intensität der eigenen Erfahrung und die Wahrheit einer Tatsachenbehauptung gehen ineinander über.

Hier zeigt die Unterscheidung von fact-speaking und belief-speaking ihre politische Bedeutung. Belief-speaking kann Aufrichtigkeit anzeigen: Jemand sagt tatsächlich, wovon er überzeugt ist. Doch Aufrichtigkeit ist kein Ersatz für faktische Richtigkeit. Aus „Ich glaube dir, dass du davon überzeugt bist“ folgt nicht: „Deshalb ist wahr, wovon du überzeugt bist.“

Besonders wirksam wird die Vermischung, wenn sie sich gegen Korrektur immunisiert. Widersprechende Informationen müssen dann die eigene Überzeugung nicht mehr erschüttern. Sie können sie sogar verstärken. Dass Statistiken etwas anderes zeigen, beweist die Manipulation der Statistik. Dass Medien widersprechen, bestätigt die Behauptung von den gleichgeschalteten Medien. Dass Wissenschaftler widersprechen, zeigt ihre Entfernung von der Lebenswirklichkeit. Das

Gegenargument verliert seine korrigierende Funktion und wird zum weiteren Beleg für die eigene Wirklichkeitsdeutung.

Damit verändert sich mehr als der Inhalt politischer Auseinandersetzung. Es verändert sich die Kommunikationsstruktur des Politischen. Tatsachenbehauptungen nehmen die Form von Bekenntnissen an. Wer ihnen widerspricht, bestreitet nicht mehr nur eine Aussage, sondern bedroht eine Identität. Politische Zugehörigkeit entscheidet zunehmend darüber, welchen Quellen geglaubt, welchen Personen vertraut und schließlich welche Tatsachen überhaupt noch als Tatsachen anerkannt werden.

Gerade eine säkularisierte Gesellschaft könnte für diese Verschiebung besonders schlecht gerüstet sein. Wo religiöse Kommunikation fremd geworden ist, fehlt möglicherweise auch die Übung darin, verschiedene Formen des Wahrheitsanspruchs auseinanderzuhalten. Das wäre als empirische These weiter zu prüfen. Als gesellschaftliche Beobachtung verweist sie jedoch auf eine bemerkenswerte Paradoxie: Man kann Religion gesellschaftlich weitgehend hinter sich gelassen haben und dennoch höchst empfänglich für bekenntnisförmige Kommunikation sein. Vielleicht sogar umso mehr, wenn man sie nicht mehr als solche erkennt.

Damit erhält auch der Vorwurf, Kirchen mischten sich unzulässig in Politik ein, eine irritierende Gegenperspektive. Entscheidend ist nicht, ob religiöse oder nichtreligiöse Menschen politische Überzeugungen äußern. Entscheidend ist, ob unterschiedliche Geltungsansprüche erkennbar bleiben und sich dort der Kritik aussetzen, wo Aussagen allgemeine Gültigkeit beanspruchen.

Deshalb lässt sich die Provokation vom Anfang nun präziser wieder aufnehmen:

Mich beunruhigt weniger, dass Kirchen politisch sprechen, als dass Politik religiös zu sprechen beginnt. Denn Kirchen wissen wenigstens, wann sie mit dem Geltungsanspruch des Glaubens sprechen. Gefährlich wird es, wenn politische Akteure „glauben“, aber behaupten, sie „wüssten“.

Das ist keine Verteidigung der Religion gegen die säkulare Gesellschaft. Es ist umgekehrt eine Anfrage an deren Selbstverständnis. Säkularität allein garantiert noch keine aufgeklärte Öffentlichkeit. Aufklärung verlangt die Fähigkeit, die eigenen Geltungsansprüche zu erkennen und kenntlich zu machen. Nicht die Verschiedenheit unserer Wahrheitsansprüche gefährdet den demokratischen Diskurs. Gefährlich wird es, wenn wir verlernen – oder bewusst daran gehindert werden –, sie voneinander zu unterscheiden. Schon deshalb braucht Demokratie Religion.

Literatur

Gerhards, Jürgen und Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit Fragestellungen und Ansätze. Berlin 1990.

Habermas, Jürgen: Religion in der Öffentlichkeit. Kognitive Voraussetzungen für den „öffentlichen Vernunftgebrauch“ religiöser und säkularer Bürger. In: ders., Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze, Frankfurt a. M. 2005, S. 119–154.

Lasser, Jana; Aroyehun, Segun T.; Carrella, Fabio; Simchon, Almog; Garcia, David; Lewandowsky, Stephan u. a.: From alternative conceptions of honesty to alternative facts in communications by US politicians. In: Nature Human Behaviour, Nature, Nr. 7(12), S. 2140–2151. London 2023.

Lazarsfeld, Paul F.; Berelson, Bernard; Gaudet, Hazel: Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens. In: Soziologische Texte, Band 49. Neuwied und Berlin 1969

Reckwitz, Andreas: Verlust. Ein Grundproblem der Moderne. Berlin 2024.

Rosa, Hartmut: Situation und Konstellation. Vom Verschwinden des Spielraums. Warum uns die Energie ausgeht. Berlin 2026.

Autor:

Christoph Maier
Direktor und Studienleiter für Theologie und Politik

maier@ev-akademie-wittenberg.de

Ev. Akademie Sachsen-Anhalt e. V.
Schlossplatz 1d
06886 Lutherstadt Wittenberg